

01.03.2018

Dieselfahrverbote: Alles was Recht ist!

Die Leiden der Dieselfahrer

Jetzt ist es amtlich: Städte können bei hoher NOx-Belastung die Diesel-PKWs aussperren. Da fragt man sich unwillkürlich, wie soll das in der Praxis funktionieren?

- Sollen die angeblichen Luftverpester erst verboten werden, wenn die Grenzwerte schon überschritten sind? Müssen die Pendler, die mit dem Diesel in die Stadt zur Arbeit fahren ihr Gefährt stehen lassen und zu Fuß heimmarschieren?
- Oder sollen die Fahrzeuge zu bestimmten Zeiten schon prophylaktisch an der Fahrt in die Städte gehindert werden? Das würde bedeuten, das Verbot mindestens einen Tag vor dem kritischen Zeitraum auszusprechen? Ohne zu wissen, ob der kritische Fall überhaupt eingetreten wäre?

Wissen die Verantwortlichen, welchen Schaden sie mit einem Fahrverbot anrichten? Nicht nur bei den betroffenen Bürgern, sondern auch am Funktionieren des städtischen Lebens? Welche Bevölkerungsgruppe wird ein Fahrverbot am härtesten treffen?

- Die Reichen ganz bestimmt nicht. Sie setzen sich vorübergehend in ihre Zweit- oder Drittfahrzeuge mit Benzinmotor und freuen sich, dass die Straßen schön leer sind. Oder sie kaufen sich auf die Schnelle einen High-End SUV mit 300 PS-Benzinmotor und einem Praxisverbrauch von 15 L/100 km.
- Finanziell nicht ganz so gut ausgestattete Bürger, auch die soll es nach wie vor in Deutschland geben, verfügen nicht über diese Möglichkeiten. Bei ihnen steht die Existenz auf dem Spiel, wenn sie an ihren prekären Arbeitsplätzen nicht rechtzeitig erscheinen.
- Was ist mit den vielen kleineren Handwerksbetrieben, den Taxiunternehmen, den Geschäften, die größtenteils mit Dieseltransportern unterwegs sind oder beliefert werden? Auch da steht bei vielen die Existenz auf dem Spiel. Gibt es für die Ausnahmegenehmigungen? Wer entscheidet darüber, wer eine Ausnahmegenehmigung bekommt und wer nicht? Wie wird das kontrolliert?
- Wie wollen die Kommunen den bürokratischen und überwachungstechnischen Aufwand bewältigen, wenn Polizei und Behörden ohnehin schon im roten Drehzahlbereich operieren?
- Ein erschwerter Zugang zur Innenstadt ist eine Steilvorlage für Amazon. Wollen wir das?

Es trifft halt - wie immer - wieder einmal die Normalbürger. Sie wohnen auf dem Land, nicht weil es ihnen dort so gut gefällt oder wegen der würzigen Landluft, sondern weil sie sich eine Wohnung in der Stadt nicht leisten können. Sie wohnen auch nicht in einem Ort mit direktem Anschluss an den ÖPNV, denn auch dort liegen die Wohnungspreise deutlich höher als in der Prarie. Sie würden gerne mit dem ÖPNV pendeln, aber dazu müssen sie erst mit dem Auto zum

nächstgelegenen Bahnhof fahren. Die meisten Parklätze an den Bahnhöfen sind aber jetzt schon hoffnungslos überfüllt. In der Stadt müssten sie dann dreimal umsteigen, bis sie nach anderthalb bis zwei Stunden endlich am Zielort angekommen sind. Die Bahnen sind zu Stoßzeiten so qualvoll, dass man froh ist, einen passablen Stehplatz zu bekommen. Von einem Sitzplatz kann man nur träumen, und ein Buch zu lesen ist unmöglich.

Kommen dann auch noch alle Dieselfahrer dazu, bricht das System wegen Überlastung zusammen. Das geht rasend schnell, wie regelmäßige Nutzer des ÖPNV häufig erleben dürfen. Kann man es den Leuten verdenken, wenn sie sowieso schon im Auto sitzen, damit auch gleich in die Stadt zu fahren, anstatt die Strapazen und Unwägbarkeiten des ÖPNV noch zusätzlich auf sich zu nehmen?

Um den Kontakt zu den Bürgern nicht zu verlieren, sollten die verantwortlichen Richter, Stadtväter oder wer auch immer für die Verbote verantwortlich ist, ein paar Monate lang mit den öffentlichen Verkehrsmittel unterwegs sein.

Merkwürdige Rechtsauffassung

Wo wir gerade bei Gerichtsurteilen sind. Kann man wirklich Autos von heute auf morgen das Fahren verbieten, Autos, die zum Zeitpunkt der Zulassung alle Kriterien für die ABE erfüllten? Das NOx-Problem ist doch schon seit Jahren bekannt. Warum wurde bisher nichts unternommen? Eine Frage der Prioritäten. Bisher hatte CO₂ Priorität, und dabei ist der Diesel nach wie vor unschlagbar. Was hätte man nicht alles tun können, um die Dieselflut einzudämmen!

- Z.B. die Steuervorteile des Dieseltreibstoffs aufheben, und zwar nicht schlagartig, sondern mit Ankündigung über mehrere Jahre verteilt.
- Oder Hybridfahrzeuge stärker fördern. Deren Hauptproblem ist die mangelnde Verfügbarkeit. Es gibt einfach noch zu wenige Modelle und die sind obendrein auch noch recht teuer. Stattdessen steckt man viel Geld und Aufwand in die fragwürdige Elektromobilität.

Kann der Staat bzw. die Rechtsprechung jemanden für etwas bestrafen, das zum Zeitpunkt der Straftat noch nicht strafbar war? Genau das passiert mit den Fahrern älterer Dieselmotore. Daran ändert auch der oft gehörte Vorwurf nichts, ein Fahrzeug stoße auf der Straße sehr viel mehr Schadstoffe aus als auf dem Prüfstand. Auch wenn dieser Unterschied noch so oft gemessen wird, daran sind nicht die Hersteller schuld, sondern die staatlichen Vorschriften und dessen Zulassungs- und Abnahmeorgane.

Wenn ein Hersteller die zum Zeitpunkt der Prüfung gültigen Emissionstests besteht, hat er seine Pflicht getan. Niemand kann ihm oder einem Fahrer dieser Autos einen Vorwurf machen, auch wenn der Unterschied zur Straße noch so groß ist. Diese Kluft zwischen Prüfstand und Praxis ist seit Jahrzehnten bei allen Betroffenen bekannt, bei den Medien, dem TÜV, den Herstellern, in der Politik, und auch bei den Käufern.

Dieser Sachverhalt ist allerdings nur solange gültig, wie auf der Straße mit den identischen Einstellungen und Teilen gefahren wird wie bei der Abnahme am Prüfstand. Ändert sich die

Software oder werden in der Produktion andere Teile verbaut, erlischt die ABE, und das Fahrzeug ist illegal unterwegs.

Die Medien vermischen diese beiden Fälle sehr gerne. Es klingt einfach spektakulärer, die Hersteller pauschal zu verdächtigen. Außerdem ist eine differenzierte Betrachtung recht mühsam und entspricht nicht mehr den journalistischen Gepflogenheiten. Angesagt ist, aus der Hüfte zu schießen und nicht erst lange zu zielen. Die Leser wollen das – angeblich.

So nehmen die Dinge ihren Lauf. Man kann es aber auch so sehen: Wenn die deutsche Wirtschaft erst mal am Boden liegt, löst sich das Problem von selbst. Lange wird es nicht mehr dauern.

Jacob Jacobson